

# Einleitung<sup>1</sup>

Silke I. Keil/S. Isabell Thaidigsmann

*„Ein Rauch verweht,  
ein Wasser verrinnt,  
eine Zeit vergeht,  
eine neue beginnt.“*

(Ringelnatz)

Oscar W. Gabriel feiert am 11. Juli 2012 seinen 65. Geburtstag. Nach Ablauf des Sommersemesters 2012 scheidet er zum großen Bedauern vieler Freunde, Kollegen, Mitarbeiter und Studierenden als Leiter der Abteilung für Politische Systeme und Politische Soziologie des Instituts für Sozialwissenschaften an der Universität Stuttgart aus. Dass damit nicht sein wissenschaftliches Wirken ein Ende hat, wissen alle, die ihn kennen. Er wird zur großen Freude der wissenschaftlichen Community weiterhin innovative Fragen und Theorien der politischen Kultur, der Partizipation, der politischen Psychologie und Repräsentation aufwerfen, bearbeiten und entsprechend Poppers Credo falsifizieren.

Wir möchten diesen Tag und dieses Ereignis zum Anlass nehmen, um die Person Oscar W. Gabriels und sein bisheriges Wirken zu ehren. Seine Berufung im Jahr 1992 nach Stuttgart führte zu weitreichenden Veränderungen am damaligen Institut für Politikwissenschaft. Es ist seiner zwanzigjährigen Tätigkeit als Abteilungsleiter zu verdanken, dass dieses Institut heute als ein Pfeiler der empirischen Politikwissenschaft in Deutschland gilt. Er hat Forschung und Studium maßgeblich positiv verändert, um nicht zu sagen revolutioniert, und das in turbulenten und weniger turbulenten Zeiten. Dadurch ist die Politikwissenschaft in Stuttgart heute nicht nur national ein geachteter Standort, vielmehr hat Oscar W. Gabriel auch die internationale Verflechtung stark befördert. Grundlage für diese Reputation ist sowohl seine persönliche Integrität als auch seine fachliche Kompetenz. Ein Wesensmerkmal seiner wissenschaftlichen Entwicklung ist das frühzeitige Erkennen und Aufgreifen aktueller und innovativer Themen und Forschungsfelder, wie der der politischen Psychologie.

Wie Max Kaase in seiner Würdigung deutlich macht, hat sich Oscar W. Gabriel in einer beeindruckenden Vielfalt mit unterschiedlichen Forschungsgebieten beschäftigt. Seine inhaltlichen Schwerpunkte bilden die Grundlage für die Gliederung dieses Bandes. Oscar W. Gabriels grundsätzliches Interesse gilt den Einstellungen und Verhaltensweisen von Bürgern. Anfangs lag dabei der Schwerpunkt von Oscar W. Gabriel in Stuttgart auf den Bereichen Partizipation und Wählerverhalten. Mit Fragen der politischen Kultur hat er sich bereits seit seiner Habilitationsschrift beschäftigt. Später hat er dann auch das Gebiet der Politischen Psychologie entdeckt und für die Einstellungsforschung fruchtbar gemacht. Seine

---

1 Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in diesem Band nicht durchgängig eine geschlechterneutrale Sprache verwendet. Mit Begriffen und Bezeichnungen wie „Bürger“ und dergl. sind selbstverständlich auch Frauen gemeint.

Offenheit und sein Interesse an neuen Perspektiven führte auch zur Beschäftigung mit den Forschungsgebieten „Politische Institutionen und Repräsentation“. Die Beiträge dieses Bandes wollen zur theoretischen und empirischen Debatte über das Spannungsfeld Zivilgesellschaft und Demokratie beitragen und erörtern zentrale Aspekte dieses Themenkomplexes.

Den inhaltlichen Beiträgen voran gestellt, sind zwei Würdigungen. Max Kaase, der Oscar W. Gabriel in vielen Kontexten kennen und schätzen gelernt hat, und Axel Görlitz, ein Kollege und Freund Oscar W. Gabriels am Institut für Sozialwissenschaften, formulieren ihre jeweils sehr persönliche Würdigung und Ehrung.

Jan van Deth führt im ersten Kapitel des Bereichs „Partizipation und Wählerverhalten“ die Bedeutsamkeit von Partizipation für die Demokratie ein und thematisiert die Folgen ungleichen Partizipationsverhalten. Vor dem Hintergrund deutlicher Veränderungen im Partizipationsverhalten diskutiert der Autor die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Beteiligung und Demokratie neu, denn – so seine Argumentation – für die Qualität und Existenz einer Demokratie sei vor allem die Unterstützung demokratischer Bürgertugenden entscheidend und weniger, ob sich Bürger politisch aktiv betätigen. Um seine zentrale Forschungsfrage zu prüfen, ob Partizipierende die besseren Demokraten sind, erstellt Jan van Deth nach einem Überblick über die Verteilung und Bedeutung unterschiedlicher Formen politischer Partizipation von politisch Aktiven in 19 europäischen Ländern eine Typologie. Die von ihm ermittelten acht Typen von Partizipierenden unterscheiden sich hinsichtlich der Unterstützung demokratischer Tugenden deutlich, und sehr aktive Bürger sind die ‚besseren‘ Demokraten. Allerdings bejahen auch die politisch Passiven die Grundprinzipien einer Demokratie deutlich, woraus der Autor schlussfolgert, dass die Lebensfähigkeit der Demokratie auch von politisch inaktiven Bürgern nicht in Frage gestellt wird.

Das Thema Partizipation und Ungleichheit behandelt auch Silke Keil (Kapitel 2), allerdings mit dem Schwerpunkt auf sozialer Partizipation. Vor dem Hintergrund Putnams Überlegungen, dass soziales Engagement in Vereinen der Schlüssel für die Vitalität einer Demokratie darstellt und Menschen befähigt, die eigenen Interessen in den politischen Prozess einzubringen, fragt die Autorin, ob Kontextmerkmale von Vereinen und Verbänden existieren, die die bestehende Ungleichheit im Partizipationsverhalten auszugleichen vermögen. Dabei wird auf der Grundlage der langen Debatte über size and democracy geprüft, ob die Größe und auch der Grad der Institutionalisierung von Vereinen und Verbänden einen Einfluss auf das Engagement in diesen ausüben. Die über Gruppenvergleiche getesteten Hypothesen liefern jedoch keinen Hinweis auf systematische Zusammenhänge zwischen sozialer Beteiligung und Vereinsgröße bzw. deren Professionalisierungsgrad. Mit anderen Worten: Die Analysen konnten nicht belegen, dass in kleinen und wenig institutionalisierten Vereinen auch die ressourcenschwachen Menschen mehr partizipieren, also die Individuen, die sich in der Regel weniger einbringen.

Den großen Bogen von Partizipation und Planung spannt Ortwin Renn (Kapitel 3) auf und diskutiert vor der aktuellen Debatte, die von Schlagworten wie Protestkultur und Wutbürger geprägt ist, die Rolle der Bürger im Partizipationsprozess – vor allem in Planungsverfahren. Die Forderung dieser nach mehr Mitsprache stellt die Politik vor ein Steuerungsdilemma. Der Autor stellt dar, dass Steuerungsleistungen in der Regel durch das Zusammenspiel

von vier Teilsystemen mit ihren speziellen Systemlogiken erfolgen und fragt, wie sich die Leistungen dieser Systeme so miteinander verbinden lassen, dass sie die Entscheidungsfindung verbessern. Als Ergebnis plädiert er für einen analytisch-deliberativen Beteiligungsprozesses. Nach einer Darstellung dieses Verfahrens thematisiert der Autor das Spannungsverhältnis von repräsentativer Demokratie und der Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung. Die Frage nach geeigneten Formaten und Verfahren beantwortet der Autor mit Hilfe von vier Leitprinzipien: Fairness, Kompetenz, Effizienz und Legitimation und stellt abschließend ausgewählte Formate der Bürgerbeteiligung vor. Als Resultat seiner Argumentation kommt Ortwin Renn zu dem Resultat, dass die moderne Gesellschaft keinen Ersatz für ihre repräsentativen Gremien benötigt, sondern eine Bereicherung durch diskursive Formen direkter Bürgerbeteiligung.

Eine Form direkter Bürgerbeteiligung ist der Gegenstand von Harald Schoens Beitrag (Kapitel 4). Er beschäftigt sich mit dem anlässlich von „Stuttgart 21“ durchgeführten Volksentscheid unter einer spezifischen Fragestellung und analysiert, ob die Befürchtung, dass eine beträchtliche Zahl von Bürgern wegen der Formulierung der Abstimmungsfrage ‚falsch‘ geantwortet habe, zutrifft. Als Ergebnis kann er festhalten, dass nicht nur Beobachter die Formulierung der Abstimmungsfrage als verwirrend empfunden haben. Seinen eigenen Analysen zu Folge hielten knapp vier Fünftel der Befragten die Frage ebenfalls für unverständlich. Jedoch belegen seine Berechnungen auch, dass eine Minderheit dem befürchteten Missverständnis aufsaß und ‚falsch‘ gestimmt hat – entgegen der eigenen Ansicht, wobei Gegner des Bahnhofsumbaus besser über die Bedeutung der Ja-Stimme informiert waren als Befürworter. Als Resümee über Wissen und Informationslücken in Bezug auf den Volksentscheid über das „S 21-Kündigungsgesetz“ und den daraus resultierenden Folgen, kann der Autor ein grundsätzlich positives ziehen. Denn die Informationsdefizite, so sein Ergebnis, beeinflussten das Abstimmungsergebnis nur marginal, und der Ausgang des Volksentscheids wurde auf Grund ähnlicher Wissensdefizite auf beiden Seiten nicht verzerrt. In einem abschließenden Abschnitt macht der Autor jedoch klar, dass sich sein Ergebnis nur auf diesen Volksentscheid bezieht und keine Aussagen über die generelle Rolle von Informiertheit für die politische Urteilsbildung erlaubt. Dafür seien vielmehr weitere systematisch vergleichende Untersuchungen über andere Volksentscheide notwendig.

Peter Kraft und Rüdiger Schmitt-Beck (Kapitel 5) beschäftigen sich in ihrem Beitrag mit dem Wählerverhalten bei der Bundestagswahl 2009 und stellen die Frage, welche Bedeutung soziale Netzwerke für die Korrektheit der Wahlentscheidung haben. In der Hinführung zur empirischen Analyse dieser Fragestellung setzen sie einen Akzent auf die Übertragung des bislang in der deutschen Wahlforschung noch nicht untersuchten Konzepts des korrekten Wählens auf das bundesdeutsche Mehrparteiensystem. Für die Bundestagswahl 2009 ermitteln die Autoren mit 20 Prozent einen relativ geringen Anteil inkorrektur Zweitstimmen. Als ausschlaggebend für inkorrekte Wahlentscheidungen hat sich einerseits mangelndes politisches Wissen der Wähler erwiesen. Andererseits hat sich gezeigt, dass häufige Gespräche über Politik dann einen positiven Einfluss auf die Korrektheit des Wählens eines Bürgers haben, wenn sich die Kommunikationspartner gut mit Politik auskennen und politisch

weitgehend übereinstimmen. Eindrücklicher zeigt sich allerdings die Wahrscheinlichkeit einer negativen Auswirkung, wenn die Gesprächsbedingungen ins Gegenteil verkehrt werden.

Mit einem zentralen Aspekt der Wahlforschung, nämlich der Parteiidentifikation, beschäftigt sich Hans Rattinger (Kapitel 6). Wie der Autor deutlich macht, ist die Forschung auf diesem Feld breitgefächert und er widmet sich den Dimensionen der Parteiidentifikation, einer Spezialproblematik. Dabei knüpft er an die Überlegungen von Peter Gluchowski an und hebt auf die Unterschiedlichkeit von Parteineigungen ab, d. h. die Annahme, dass sich hinter der Formulierung von Parteineigungen unterschiedliche Gründe verbergen. Der Autor geht auf dieser Grundlage der Frage nach, wie die individuell angegebenen Begründungen von Parteiidentifikationen in der Bundesrepublik seit 1994 verteilt sind und wie sich diese erklären lassen. Des Weiteren diskutiert er die Folgen, die sich aus unterschiedlich begründeten Parteiidentifikationen ergeben. Als Ergebnis seiner Analysen kann er festhalten, dass nicht alle Parteiidentifizierer gleich sind und dass sich die Unterscheidung nach motivationaler Grundlage als sinnvoll erweist. So sind mindestens die Hälfte der Parteiidentifizierer keine grundsätzlichen Identifizierer, und die Unterschiedlichkeit hat auch Folgen für die politischen Verhaltensweisen: Grundsätzliche Identifizierer verhalten sich anders als Identifizierer aus anderen Gründen. Wegen der Unterschiedlichkeit und deren Bedeutsamkeit für das politische Verhalten plädiert der Autor vehement für einen Ausbau dieses Forschungsstrangs.

Kerstin Völkl's Beitrag (Kapitel 7) fokussiert ebenfalls den Bereich der Wahlforschung, thematisiert jedoch eine andere Ebene und ein anderes Thema. Sie beschäftigt sich mit der Landtagswahl 2011 in Sachsen-Anhalt und erklärt mit Hilfe einer im Vorfeld der Wahl durchgeführten Onlineuntersuchung die Wahlabsicht von Studierenden. Der Schwerpunkt ihrer Untersuchung liegt auf der Erklärung der Wahlabsicht, Wahlenthaltung und der Unentschlossenheit von Studierenden und dabei insbesondere auf der Frage, inwieweit dafür der sozialpsychologische Ansatz geeignet ist. Wie die Ergebnisse der Autorin zeigen, eignet sich das Michigan-Modell in unterschiedlichem Umfang zur Erklärung der drei untersuchten Formen, wobei der Parteiidentifikation die größte Bedeutung zukommt, gefolgt von der Kandidatenorientierung und den Sachfragenorientierungen.

Während Kerstin Völkl's Beitrag auf der Landesebene zu verorten ist, steht bei Bas Deters und Larry Rose Untersuchung (Kapitel 8) die Kommunalebene im Fokus, allerdings in den Niederlanden und in Norwegen. Sie beschäftigen sich mit dem Bereich der Kandidatenaufstellung und -selektion und behandeln auf Grund der aufgezeigten Forschungslücke speziell die Frage, welche Personen überhaupt bereit sind, als potentielle Kandidaten zu fungieren. Gerade auf der Kommunalebene wird dieses Thema virulent, denn im Unterschied zur Bundes- oder Nationalebene, auf der ein ausreichend großer Kandidatenpool zu Verfügung steht, existiert auf der Kommunalebene ein Problem auf der Angebotsseite. Einerseits können die Autoren bisherige Forschungsergebnisse bestätigen, denn als potentielle Kandidaten für lokale Ämter in den Niederlanden und Norwegen stehen ressourcenstarke Individuen zur Verfügung. Andererseits zeigen sich auch Charakteristika, die diesen widersprechen. Zusammenfassend resümieren sie, dass ein noch ungenutzter Pool an Kandidaten bereit steht und nur darauf wartet, von den Parteien gefragt zu werden.



Vincent Hoffmann-Martinot (Kapitel 9) gewährt mit seinem Beitrag einen Einblick in Ergebnisse des laufenden Projekts „International Metropolitan Observatory“ im Hinblick auf Variationen der Wahlbeteiligung und des Wahlverhaltens in den Gemeinden der 42 französischen Metropolregionen. Die Analyseergebnisse geben Aufschluss darüber, dass die höhere Wahlbeteiligung in den mediterranen Metropolregionen offenbar durch die dort vorherrschende klientelistische Struktur erklärt werden kann. Zudem wirkt sich auch die Einbindung in kleinere Metropolregionen bei lokalen und bei nationalen Wahlen positiv auf die Beteiligung der Bürger aus. Es gibt demnach deutliche Hinweise darauf, dass demographische Dichte und Größe als zwei Aspekte der Verstädterung die Intensität der Wahlbeteiligung in Frankreich eher senken werden.

Den Bereich „Partizipation und Wahlen“ abschließend, beschäftigt sich Angelika Vetter (Kapitel 10) mit den von Kommunalwahlsystemen offerierten Möglichkeiten des Kumulierens und Panaschierens von Stimmen. Nach einem Überblick über die Entwicklung der kommunalen Wahlbeteiligung zwischen den Bundesländern seit 1949 und einer Beschreibung der kommunalen Wahlsysteme prüft die Autorin systematisch die Frage, inwieweit die Unterschiede in der kommunalen Wahlbeteiligung auf institutionelle Kontextdifferenzen zurückgeführt werden können. Als Ergebnis ihrer Analysen zeigt sich ein Zusammenhang zwischen Beteiligungsunterschieden und Wahlsystemen, wobei Listenwahlverfahren eher beteiligungsfördernd wirken. Gleichzeitig verweist die Autorin dennoch auf potentiell positive Wirkungen des Kumulierens und Panaschierens, wobei weniger eine Erhöhung der Wahlbeteiligung erwartet wird als ein Einflussverlust der etablierten Parteien vor Ort.

Den Bereich „Politische Kultur und Politische Psychologie“ anführend, legen Dieter Urban und Jochen Mayerl (Kapitel 11) ihrer Untersuchung eine grundsätzliche Feststellung zugrunde: Bürger nehmen im Rahmen von repräsentativen Befragungen so gut wie immer eine Bewertung politischer Themen vor, auch wenn diese in der Bevölkerung kaum bekannt oder ganz unbekannt sind. Darüber hinaus konnten die Autoren zeigen, dass in einem repräsentativen telefonischen Survey die Hälfte der Befragten sogar ein gänzlich fiktives Gesetz bewertete. Hieraus wird die Frage abgeleitet, ob durch Umfragen erhobene politische Einstellungen generell als non-attitudes anzusehen sind. Im weiteren Verlauf ihres Beitrags zeigen die Autoren, dass für eine angemessene Analyse politischer Einstellungen mehr notwendig ist als nur deren Messung durch die Aggregation von Items in einer Umfrage. So müssten verschiedene zusätzliche Faktoren wie beispielsweise die individuelle Urteilsbasis und deren Konsistenz oder Inkonsistenz, die kognitiven Schemata-Assoziationen und eventuelle Einflüsse durch den Fragekontext oder das präsentierte Einstellungsobjekt berücksichtigt werden.

Auch zwei Jahrzehnte nach der deutschen Wiedervereinigung, so stellt Bettina Westle (Kapitel 12) fest, ist das Thema der kollektiven Identität in Deutschland und die Frage danach, ob eine solche aufgrund der unterschiedlichen Erfahrungen der Ost- und Westdeutschen überhaupt möglich ist, nach wie vor aktuell und relevant. Die diesbezüglichen Einschätzungen in den Massenmedien und in wissenschaftlichen Publikationen weichen teilweise stark voneinander ab. Auf der Basis empirischer Analysen von Einstellungen der Bevölkerung zeigt Westle, dass sich die verschiedenen Formen und Dimensionen der kollektiven Identität in den alten und den neuen Bundesländern nicht gleichzeitig entwickeln, so dass noch

immer deutliche identitäre Unterschiede zwischen Ost und West bestehen. Als Schwierigkeit für die demokratische politische Kultur erweist sich eine im Aggregat im Zeitverlauf nicht abnehmende ausschließliche Bindung an die ehemalige DDR, wobei diese in den jüngeren Generationen nachlässt. Nationalstolz hingegen wird eher von Jüngeren als von Älteren zum Ausdruck gebracht, wodurch ein weiterer Anstieg dieser Einstellung zu erwarten ist. Aus Sicht der Autorin ist dies nicht nur kritisch zu bewerten, sondern stellt auch die Politik vor eine Herausforderung.

Auch Kai Arzheimer (Kapitel 13) beschäftigt sich mit der Entwicklung ost- und westdeutscher Einstellungen nach zwanzig Jahren deutscher Einheit. Vor dem Hintergrund der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise erwartet der Autor eine Annäherung in den wirtschafts- und sozialpolitischen Einstellungen von Ost- und Westdeutschen und gibt in seinem Beitrag einen Überblick über das Ausmaß und die politische Bedeutung der nach wie vor bestehenden Ost-West-Unterschiede in den Einstellungen zum Sozialstaat. Seine Analysen können die Annahme der Annäherung jedoch nur bedingt belegen. Insbesondere in den Ansprüchen an den Staat unterscheiden sich die Einstellungen der Ost- und Westdeutschen gravierend. Was die weniger grundlegenden Wertorientierungen angeht, sind sich die Bürger beider Teile Deutschlands hingegen weitgehend einig. Dieses Ergebnis führt bei dem Autor zu der Schlussfolgerung, dass langfristig stabile Sozialisationseffekte wirksam sind.

Jürgen Bauknecht und Uwe Remer-Bollow (Kapitel 14) betrachten nicht nur deutsche Einstellungsmuster, sondern haben die Einstellungen von Bürgern unterschiedlicher Länder Europas im Blick und fragen zunächst danach, in welchem Ausmaß die Bürger in 30 europäischen Ländern der Meinung sind, dass sich Arbeitslose nicht ausreichend um eine Anstellung bemühen. Weiterhin ermitteln sie mit Hilfe eines Mehrebenenmodells, welche Faktoren für die Ausprägung dieser Einstellung verantwortlich sind. Dabei berücksichtigen sie auf der einen Seite zahlreiche auf der Makroebene angesiedelte Kontextfaktoren wie beispielsweise die spezifische Gestalt des Wohlfahrtsregimes und die Arbeitslosenquote in den betrachteten Ländern. Auf der anderen Seite werden verschiedene Mikrofaktoren wie zum Beispiel das von den Befragten subjektiv wahrgenommene Risiko, selbst arbeitslos zu werden, und deren ideologischen Orientierungen in das Erklärungsmodell einbezogen. Es zeigt sich, dass nahezu alle der berücksichtigten individuellen Merkmale und Kontextvariablen für die Einstellungen gegenüber Arbeitslosen relevant sind. Letztendlich kann aber ein Großteil des Antwortverhaltens mit dem gewählten Modell nicht erklärt werden, woraus die beiden Autoren Herausforderungen für die zukünftige Forschung ableiten.

Auf der Grundlage der Social Identity Theory beschäftigen sich Eva-Maria Trüdinger und Kristina Faden-Kuhne (Kapitel 15) mit der Eigen- und Fremdbetrachtung der Deutschen im Hinblick auf die Parteineigung und die Links-Rechts-Dimension. Dabei geht es zum einen um Differenzen in der Zuschreibung von Eigenschaften zur Eigen- und zur Fremdgruppe bezüglich der Links-Rechts-Dimension. Zum anderen werden entsprechende Unterschiede im Hinblick auf evaluative Aspekte der allgemeinen Parteibewertung formuliert. Mit ihren empirischen Analysen zeigen die Autorinnen, dass Parteianhänger in Deutschland ihre Eigengruppe immer besser bewerten als die Fremdgruppe, um so eine positive soziale Identität zu erreichen. Zudem lässt sich belegen, dass eine stärkere Parteibindung eine stärkere

Gruppendifferenzierung zwischen verschiedenen Parteien mit sich bringt und dass die Vorstellungen, welche die jeweils andere Seite vom linken und rechten Lager hat, sich in zentralen Kategorien voneinander unterscheiden. Insgesamt erweisen sich also die Eigen- und Fremdgruppenbetrachtung als relevant, da sie die Wahrnehmung politischer Parteien und Lager durch die Bürger prägen.

Elisa Deiss-Helbig und Mirjam Dageförde (Kapitel 16) befassen sich in ihrem Beitrag mit Einstellungen der Deutschen und der Franzosen gegenüber dem Parlament. In der Literatur finden sich zahlreiche Hinweise auf den Funktionsverlust von Parlamenten in parlamentarischen Systemen und den damit verbundenen Verlust des Vertrauens in diese zentralen Institutionen demokratischer Repräsentation. Es zeigt sich aber auch, dass der Vertrauensverlust zum einen nicht in allen Ländern gleichermaßen auftritt und zum anderen relativ starken Schwankungen im Zeitverlauf unterliegt. Während es im Hinblick auf das Parlamentsvertrauen in Deutschland recht viele empirische Untersuchungen gibt, sind die Kenntnisse bezüglich der französischen *assemblée nationale* eher dürftig. Mit ihren empirischen Analysen des Parlamentsvertrauens und der Performanzbewertung des Parlaments zeigen die beiden Autorinnen, dass das Niveau jeweils sowohl in Frankreich als auch in Ost- und Westdeutschland gering ist. Als besonders relevante Erklärungsfaktoren für die Einstellungen gegenüber dem Parlament ermitteln sie zudem die Bewertung der Arbeit der Abgeordneten.

Jürgen Maier und Severin Bathelt (Kapitel 17) beschäftigen sich in ihrem Beitrag mit dem EU-spezifischen politischen Wissen der Bürger aller Mitgliedsstaaten der Europäischen Union: Wie groß sind einerseits die Kenntnisse der Europäer beispielsweise über das Europäische Parlament und seine Kompetenzen oder über die Zusammensetzung der EU? Und wie können diese kognitiven Aspekte andererseits durch individuelle Merkmale (z. B. internal und external efficacy) der Befragten sowie durch Kontextfaktoren (z. B. Bevölkerungsdichte des jeweiligen Landes und die Frage, ob dieses Mitglied der Euro-Zone ist oder nicht) erklärt werden? Die empirischen Analysen zeigen erstens, dass das Wissen der Bürger über die Europäische Union insgesamt eher gering ist, wobei sich hier je nach Thema und Art der Fragestellung Unterschiede ergeben und zudem auch Differenzen zwischen den einzelnen Ländern bestehen. Zweitens erweisen sich motivationale Faktoren (internal und external efficacy, interpersonale und massenmediale Kommunikation) als wichtigste Determinanten von politischem Wissen, wobei es auch hier beachtenswerte Unterschiede zwischen den Ländern gibt. Drittens wird nachgewiesen, dass auch Kontextfaktoren relevant sind, wenn es darum geht, individuelle Wissensunterschiede zu erklären, wenngleich die Effekte keine einheitliche Richtung aufweisen.

Im dritten Bereich „Politische Institutionen und Repräsentation“ leistet Everhard Holtmann (Kapitel 18) unter historisch verstehender Perspektive einen Beitrag zu einer erneuerten Historik der politischen Kultur der Demokratie in der deutschen Bundesrepublik. Wegen problematischer Deutungen, die aus der Übertragung des Civic-Culture-Ansatzes auf Deutschland resultierten, ergibt sich nach Ansicht des Autors die Notwendigkeit einer Revision. Everhard Holtmann gibt einen Überblick über die Traditionslinien der deutschen Partizipation und macht deutlich, dass diese sich in Wirklichkeit komplexer darstellt, als in der Civic Culture Studie dargestellt. Vielmehr deutet seine qualitative Rekonstruktion von Men-

talitätsprofilen darauf hin, dass die historischen Ausgangsbedingungen für die stabile Verankerung der Demokratie in der deutschen Bundesrepublik verhältnismäßig positiv eingeschätzt werden muss.

Suzanne S. Schüttemeyer (Kapitel 19) stellt in ihrem Beitrag Überlegungen an zu Stellung und Stellenwert des Deutschen Bundestags und seiner Abgeordneten im Vergleich zur Bundesregierung. Die Bundestagsabgeordneten, so stellt sie fest, sind durchaus dazu in der Lage, der Dominanz der Regierung Grenzen zu setzen. Ein Gleichgewicht zwischen Parlament und Regierung besteht aber schon allein aufgrund des in der von Legislaturperioden relativ unabhängigen Ministerialbürokratie vorhandenen spezialisierten Sachverstands nicht. In ihrer Argumentation zeigt die Autorin, dass die oftmals für die Bundesrepublik geäußerte Forderung nach der Herstellung eines Kräftegleichgewichts zwischen Legislative und Exekutive den gewollten strukturellen Gegebenheiten des parlamentarischen Systems widerspricht. Die institutionellen Voraussetzungen für ein starkes Parlament, das mit kompetenten und selbstbewussten Abgeordneten, die dafür sorgen, dass die parlamentarische Kontrollfunktion greift und dass die Bürger adäquat repräsentiert werden, ein regulierendes Gegengewicht zur Dominanz der Regierung bildet, sind aber in Deutschland gegeben.

Sabine Kropp (Kapitel 20) wählt das Großprojekt Stuttgart 21, die Proteste dagegen und die bundesweit bekannten Wutbürger als Ausgangspunkt, um darüber nachzudenken, wie die Forderungen der Bürger nach mehr Teilhabemöglichkeiten am politischen Prozess mit dem deutschen Verbundföderalismus vereinbar sind. Dabei zeigt sie, dass direktdemokratische Elemente nur in begrenztem Maße mit der in Deutschland vorherrschenden Politikverflechtung und mit den europäisierten Strukturen vereinbar sind. Sollten die Möglichkeiten der Volksgesetzgebung auf der Landes- und Bundesebene ausgebaut werden, so wäre hierfür aus Sicht der Autorin gerade wegen der Föderalismusproblematik höchste Umsicht vonnöten. Einen Weg, um die Partizipationsbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen sieht sie darin, schon im vorparlamentarischen Verfahren vermehrt Elemente der assoziativen Demokratie einzubauen, wobei hiermit auch der Vorteil verbunden wäre, dass schlecht oder nicht organisierbare Interessen stärkeres Gehör finden könnten. Zudem sei eine positive Wirkung auf die gesellschaftliche Befriedung zu erwarten.

Im abschließenden Teil dieser Festschrift erläutert Hans Buchheim (Kapitel 21), dessen Mitarbeiter Oscar W. Gabriel in Mainz war, seine Gedanken über Machiavelli und das Prinzip der Moralität.

Diese Festschrift konnte nur entstehen, weil viele Freunde, Kollegen und Mitarbeiter Oscar W. Gabriels einen Beitrag geleistet haben. Als Herausgeberinnen dieser Festschrift sind wir den Autorinnen und Autoren für ihre Bereitschaft, mitzumachen, zu großem Dank verpflichtet. Sie alle haben nicht nur die Einladung, einen Beitrag zu schreiben, begeistert akzeptiert, sondern auch durch ihre Zuverlässigkeit und Geduld maßgeblich zum Erfolg beigetragen. Neben den Autorinnen und Autoren haben verschiedene andere Personen wichtige Aufgaben übernommen, für deren Hilfe und Bereitschaft wir uns herzlich bedanken möchten. Unser großer Dank gilt Frank Schindler vom Springer VS Verlag, der sich sofort und mit Freude und großem Engagement zur Publikation dieser Festschrift bereit erklärte. Dan-

ke auch an Simona Zimmermann, die als studentische Hilfskraft mit der Korrektur der Manuskripte beschäftigt war, sowie an Christine Schmid, die hier ebenfalls helfend tätig war.

Abschließend möchten wir uns ganz persönlich bei Oscar W. Gabriel bedanken, einem großartigen Lehrer und loyalen Begleiter. In den letzten zwanzig Jahren konnten wir viel von ihm lernen und haben in interessanten Forschungsprojekten mit ihm gearbeitet, aber auch einen Freund gewonnen, mit dem man viel lachen sowie gut essen und trinken kann. Viele unvergessliche Momente werden uns in Erinnerung bleiben, sei es der Laserpointer, die schmackhaften Mittagessen bei Brezel und Banane oder denkwürdige Analysen, die deutlich gemacht haben, dass Oscars Leistung als Wissenschaftler DIE zentrale Determinante der Demokratiezufriedenheit der Bürger darstellt – um nur einige wenige Momente zu nennen.

Wir hoffen sehr, dass wir und die Autorinnen und Autoren ihm mit dem vorliegenden Band eine Freude machen und wünschen ihm für seinen Ruhestand das Allerbeste, wobei Oscar seinen Ruhestand wohl so wie Lorient ausüben wird: „Entschuldige, das ist mein erster Ruhestand. Ich übe noch.“

*Stuttgart im Juli 2012*  
*Silke I. Keil und S. Isabell Thaidigsmann*



Zivile Bürgergesellschaft und Demokratie  
Aktuelle Ergebnisse der empirischen Politikforschung  
Keil, S.I.; Thaidigsmann, S.I. (Hrsg.)  
2013, VII, 517 S. 44 Abb., Hardcover  
ISBN: 978-3-658-00874-1